

Die absurde und zerstörerische Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens



PIERRE BESSARD * • April 2016

ZU den zurecht verwirrendsten Reformideen, die gegenwärtig zirkulieren, zählt die eines «bedingungslosen Grundeinkommens». Es geht dabei um nichts Geringeres als die monatliche Zahlung eines ausreichenden Geldbetrags «zur Deckung der Grundbedürfnisse» an jedermann – unabhängig von seinen materiellen Verhältnissen –, das heisst die Überweisung einer lebenslangen Rente ohne Gegenleistung und Voraussetzung von der Geburt bis zum Tod. Damit würde jeder Bürger unter die finanzielle Vormundschaft des Staates und in die Abhängigkeit der anderen gestellt. Angesichts der Tatsache, dass die Finanzierung eines solchen Systems zwangsläufig vom Arbeitseinsatz und der Besteuerung jener abhängt, die noch zu arbeiten bereit sind, würde so die Zwangsarbeit ins Recht gesetzt, um die «Bedürfnisse» derer zu befriedigen, die sich keine beruflichen Fertigkeiten mehr aneignen und keiner produktiven Tätigkeit mehr nachgehen, um für ihren Konsum aufzukommen.

Ein bedingungsloses Grundeinkommen wäre somit die heimliche Erfüllung der sozialistischen Devise «Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen». Die tatsächliche Folge wäre ein allgemeiner Zusammenbruch der Wirtschaft und der Moral, denn wenn einmal der Anreiz zu arbeiten und für sein Leben aufzukommen zerstört ist, dann kann man zweifeln, ob selbst die ehrgeizigsten Personen noch bereit wären, sich für längere Zeit zugunsten jener ausnehmen zu lassen, die ihre Arbeitstätigkeit reduzieren, um eine Rente zu beanspruchen, welche aus der Leistung anderer finanziert wird. Je mehr das Nichtstun für die ganze Bevölkerung auf der Höhe der Lebenshaltungskosten unterstützt würde, desto mehr verringerte sich wahrscheinlich der Umfang der geleisteten Arbeit, womit auch die Finanzierung eines bedingungslosen Grundeinkommens gefährdet würde.

Die unvermeidliche Folge wäre ein Abrutschen in eine autoritäre Gesellschaft, in welcher der Staat schliesslich den Arbeitseinsatz eines jeden «gemäss seinen Fähigkeiten» vorschriebe. Die freie Marktwirtschaft, die auf dem beiderseitig vorteilhaften Tausch beruht, würde so wie in jeder sozialistischen Gesellschaft nach und nach durch eine Kommandowirtschaft ersetzt. Der Bürger verlöre bald auch die Freiheit, seinen Beruf frei zu wählen und seine Zeit einzuteilen. Zweifellos würde ihm auch verboten, sein Land zu verlassen. Mit dem Verlust an Effizienz und dem Absinken der Produktivität, die sich daraus ergäben, sähe sich jeder Bürger einem rasant sin-

* Der Autor ist Ökonom sowie Mitglied des Stiftungsrates und Direktor des Liberalen Instituts.

kenden Lebensstandard ausgesetzt, was ihn zwänge, länger zu arbeiten, um für seine Lebenshaltung aufzukommen.

Zuerst ist ein bedingungsloses Grundkommen ethisch zu kritisieren, denn es ist ein Frontalangriff auf die Würde und die Selbstbestimmung des Menschen. Es nimmt die Zerstörung des Grundrechts auf Eigentum hin, das ja beinhaltet, dass ein jeder der Eigentümer seines Humankapitals und der Früchte seiner Arbeit ist. Ein bedingungsloses Grundkommen würde die Beraubung zum Gesetz erheben, da es ein Recht verliehe, auf Kosten der anderen zu leben, was der grundlegendsten Moral widerspricht. Indem es die materiellen Bedürfnisse von jedem anstatt die Schaffung von Reichtum durch Tausch in den Vordergrund stellt, wäre eine Verarmung der Gesellschaft die Folge.

Vor allem aber schüfe es die Illusion, dass der Mensch auf Kosten der Leistungen anderer leben kann. Der liberale Ökonom Frédéric Bastiat hat diesen unveröhnlichen Gegensatz sehr gut herausgearbeitet: «Der Mensch kann nur durch dauernde Assimilation und Aneignung leben und geniessen, das heisst durch die andauernde Anwendung seiner Naturbeherrschung oder durch Arbeit. Das Ergebnis nennen wir Eigentum. Er kann aber auch leben und geniessen, indem er sich die Frucht der Arbeit seines Nächsten aneignet. Das Ergebnis nennen wir Raub.»²

Diese Formel erfasst treffend den Zwiespalt, über den sich die Verfechter eines bedingungslosen Grundeinkommens ausschweigen. Denn wenn das Einkommen ein Recht ist anstatt das Ergebnis einer erfüllten Pflicht auf der Grundlage des freien Willens, sein Leben selbständig zu erhalten, dann wird es zum Anspruch auf die Früchte der Arbeit anderer. Das Einkommen eines Individuums, das sich auf ein solches Recht beruft, wird dann durch die Verletzung des Eigentums eines anderen über die Steuern finanziert.

Das Eigentum ist aber nicht irgendeine Übereinkunft neben anderen, sondern die Voraussetzung der Arbeitsteilung und der gesellschaftlichen Harmonie. Der Recht auf Eigentum begrenzt die Freiheit von jedermann, indem es die Beachtung der Integrität und des Besitzes der andern einfordert. Daher ist es die Freiheit selbst, die ein bedingungsloses Grundeinkommen aufs Korn nimmt, indem die Fähigkeit zur Selbstbestimmung des Menschen in einem System der Knechtung eines jeden durch jeden nicht mehr anerkannt und die Gesellschaft im Widerspruch zu sich selbst organisiert wird. Dadurch wird die persönliche Wahl bestritten.

Das bedingungslose Grundeinkommen ist nicht nur eine materialistische Illusion, das vergebliche Versprechen von unbegrenztem Konsum und einem Paradies auf Erden, sondern eine Rückkehr der politischen Unterdrückung, ist dabei doch die Freiheit des einen nur um den Preis der Verletzung der Freiheit des anderen möglich. Das bedingungslose Grundeinkommen verheisst nicht Freiheit, sondern eine der Moral entledigte Erlaubnis. In ethischer Sicht bedeutet ein bedingungsloses Grundeinkommen daher die Demokratisierung von Plünderung.

² Frédéric Bastiat, «La Loi», in *Œuvres complètes de Frédéric Bastiat*, Paris, Guillaumin, 1863, S. 346. Siehe auch Pierre Bessard, «L'importance sous-estimée de la propriété», Institut Libéral, 2014.

Eine falsche Alternative zur Pflicht zu arbeiten

Praktisch gesehen verstösst ein bedingungsloses Grundeinkommen gegen das natürliche Empfinden, denn die Anstrengung in der produktiven Arbeit, um zu überleben, was bekanntlich nicht von allein geschieht, gehört zur Daseinsform des Menschen. Es ist die Sache eines jeden, dafür zu sorgen, sich eine Ausbildung anzueignen, eine nützliche Tätigkeit im Dienst der andern auszuüben, für die eigene Befähigung im Arbeitsmarkt zu sorgen, die richtigen Entscheidungen zu treffen und auf der Grundlage der Wechselseitigkeit und des Tausches (namentlich zwischen Arbeit und Lohn) genügend zu verdienen, um für seinen Konsum aufzukommen. Eine andere Methode, um rechtmässig zu Reichtum zu kommen, gibt es nicht: Wo ein freier Markt von der Politik unterdrückt wird, da entstehen, wie wir weltweit beobachten können, informelle Märkte oder Schwarzmärkte.

Haben wir diese Tatsachen erst anerkannt, dann ist jeder frei darin, nicht mehr zu verdienen, als er möchte, und zwischen Arbeitszeit und Freizeit, zwischen Familienleben und anderen Beschäftigungen usw. frei zu wählen. Die Entscheidungsfreiheit ist übrigens umso grösser, je blühender die Wirtschaft ist. Die Verschiedenheit der individuellen Entscheidungen ist Ausdruck dieser Vielfalt.

So können zwei Menschen mit der gleichen Ausbildung zwei völlig verschiedene Lebensläufe wählen. Ein Finanzmarktspezialist kann sich für eine sehr gut bezahlte Stelle in einer Bank entscheiden oder sich der Forschung und der Lehre widmen oder aber auf seine sportlichen, kulturellen oder wohltätigen Leistungen setzen. Man unterschätze nicht die persönliche Würde, die sich aus der finanziellen Selbstständigkeit durch den Dienst am andern im Gegensatz zu einer Rente, durch die das grundlegende Recht auf Eigentum jener, die dafür bezahlen müssen, verletzt wird, ergibt. Das Glück des Menschen ist aufs Engste mit jener Unabhängigkeit verknüpft. Das Ergebnis dieser Autonomie ist nicht Selbstgenügsamkeit, sondern der Einklang aus der gesellschaftlichen Kooperation auf der Grundlage des frei gewählten Tausches, das Gefühl, nützlich zu sein und die Zufriedenheit angesichts einer gut ausgeführten Arbeit. Dies gilt etwa auch für die Amische in den Vereinigten Staaten, die willentlich bestimmte materielle und technische Annehmlichkeiten zurückweisen. Die Ethik der Arbeit schafft die Voraussetzungen eines würdigen, selbständigen und nützlichen Lebens.

Daher müssen die Vertreter eines bedingungslosen Grundeinkommens ihre Argumentation mit Angst begründen: der Angst, seine Stelle zu verlieren, der Angst vor Arbeitsplatzverlust wegen des technischen Fortschritts oder der Angst vor Stigmatisierung aufgrund des Erhalts von Arbeitslosengeld oder Sozialhilfe. Die Erfahrung der wirtschaftlichen Tätigkeit zerstreut aber alle diese Ängste: Die Marktwirtschaft hat im historischen Vergleich nicht nur Stellen mit deutlich besserer Bezahlung, mehr Befriedigung und weniger körperlich harter Arbeit hervorgebracht. Auch ist die menschliche Ressource – im eigentlichen Wortsinn – zur wichtigsten Ressource geworden.

Dank dem menschlichen Geist und der menschlichen Anstrengung ist es seit der industriellen Revolution zu rasenden Fortschritten beim Lebensstandard und bei der Lebenserfüllung gekommen, begleitet von einer ebenso spektakulären Zunahme der Bevölkerungszahl und der Lebenserwartung. Letztere hat sich in der Schweiz in nur zwei Jahrhunderten verdoppelt: Sie ist von 40 Jahren im Jahr 1814 auf heute 82 Jahre gestiegen. Seit der ersten eidgenössischen Volkszählung im Jahr 1850 hat sich die schweizerische Bevölkerung von 2,3 auf 8,2 Millionen Menschen annähernd vervierfacht. Diese Entwicklung kann weltweit beobachtet werden.

Würde die Arbeit mit der Entwicklung der Technik verschwinden, dann hätte bereits die Erfindung des Rads oder des Pflugs die Menschheit in Schwierigkeiten gebracht. In Wirklichkeit hat aber jeder technische Fortschritt das Gegenteil bewirkt, auch im Internet-Zeitalter. Allein seit 2008 hat die arbeitende Bevölkerung in der Schweiz von 3,7 auf 4,2 Millionen Personen (in Vollzeitäquivalenten)³ zugenommen. Im gleichen Zeitraum ist der Lohn (nominal) für die zehn Prozent am höchsten Entlohnten um 3,6 Prozent, für die mittleren Löhne um 6,8 Prozent und für die zehn Prozent am tiefsten Entlohnten um 9,1 Prozent gestiegen. Der mittlere Monatslohn (brutto) ist von 5823 Franken auf 6189 Franken gestiegen.⁴ Die Irrwitzigkeit der Behauptung vom Verschwinden der Arbeit oder von der Verschlechterung der Arbeitsbedingungen wegen des wirtschaftlichen oder technischen Fortschritts wird daraus offensichtlich.

Die Advokaten eines bedingungslosen Grundeinkommens stützen ihre Analyse auf ein völlig trügerisches und wirklichkeitsfremdes Wirtschaftsverständnis ab, wenn sie die Arbeitslosigkeit und die Unsicherheit des Arbeitsmarktes dem freien Unternehmertum anlasten. Die Ursache ist vielmehr die katastrophale staatliche Politik mit einer ganz auf den Staat abgestellten sozialen Absicherung, unmässigen Steuern, mit Interventionismus und Protektionismus, die allesamt die Produktivität verringern und den Anreiz zur produktiven Arbeit abschwächen und schliesslich die Unternehmer aus dem Land vertreiben. Wir sind heute Zeugen des Misserfolgs einer nicht durchdachten Politik der «Arbeitsumverteilung», etwa in Frankreich, wo die Arbeitsgesetze neben einem unangemessenen Bildungswesen zur Hauptursache der Arbeitslosigkeit geworden sind. Um den Arbeitsmarkt von allen Behinderungen, die diesen unfrei und unflexibel machen, wie die Einschränkung von Entlassungen (und damit auch der Anstellung), Lohnnebenkosten und die Steuern, gesetzliche Mindestlöhne, die Förderung einer vorgezogenen Pensionierung oder der leichte Zugang zu Sozialleistungen, der die Arbeit und die Anstrengung weniger interessant macht, zu befreien, braucht es Reformen, die den Menschen ihre Eigenständigkeit und damit ihre Würde zurückgeben und ihnen wieder ermöglichen, für sich und ihre Familie selbst aufzukommen.

Ebenso veranschaulicht der Aufschwung vieler aufstrebender Länder, wo die Armut massiv verringert worden ist, die wichtige Rolle der Liberalisierung, der Privatisierung und eines liberalen Rechtsstaats bei der Erleichterung von Investitionen,

³ Quelle: Bundesamt für Statistik, Statistik der berufstätigen ständigen Wohnbevölkerung (2014).

⁴ Quelle: Bundesamt für Statistik, Schweizerische Lohnstrukturerhebung (2016).

Innovation und produktiven Arbeitsplätzen. Ausschlaggebend für den Wohlstand ist das Ausmass der Wirtschaftsfreiheit⁵. Dagegen klammern sich die Vertreter eines bedingungslosen Grundeinkommens an eine Analyse, die von der gesamten Wirtschaftsgeschichte widerlegt wird. Arbeitsplätze verschwinden typischerweise in sozialistischen und verstaatlichten Systemen, nicht in einer von Neuerungen bestimmten Wirtschaft. Die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens würde die Schaffung von Arbeitsplätzen offensichtlich schwer gefährden, denn es ist die Arbeit, die Wirtschaftswachstum schafft, nicht umgekehrt.

Nur die produktive Arbeit in freien Märkten erlaubt Wertschöpfung und höhere Löhne, die ihrerseits die freie Zeiteinteilung, den Erwerb von Wissen und Fertigkeiten, die Beschäftigung mit Kunst und Kultur und den technischen Fortschritt zur Verbesserung der Gesundheit und der Qualität der Umwelt erleichtern. Als Folge der von einem bedingungslosen Grundeinkommen gesetzten Anreize würden die Arbeitsproduktivität und damit die Löhne zwingend sinken, besonders die der wenig Verdienenden. Ein bedingungsloses Grundeinkommen würde in einem von Vertragsfreiheit und einem dynamischen Arbeitsmarkt geprägten System zu erheblichen Verzerrungen und einer Spannung zwischen Arbeitssuchenden und der wirtschaftlichen Wirklichkeit führen. So würde beispielsweise die Wahl der Lehre und der Berufsausbildung, aber auch des Studiums wahrscheinlich seine äusserst praktische Funktion verlieren, wenn es einmal möglich wäre, seinen Grundkonsum durch die Leistung anderer zu finanzieren.

Ein bedingungsloses Grundeinkommen würde sehr wahrscheinlich zu einer schleichenden Aufzehrung des Kapitalstocks und schliesslich, wie in allen sozialistischen Wirtschaftssystemen, zu Mangel führen. Entgegen den Beteuerungen der Befürworter könnte ein bedingungsloses Grundeinkommen also nicht durch eine Umstrukturierung der heutigen öffentlichen Ausgaben oder mit zusätzlichen Steuern finanziert werden, denn das Steuersubstrat würde zu sehr geschwächt. Die bestens dokumentierten Schäden des Wohlfahrtsstaates, etwa das sozialistische Nachkriegs-Experiment in Grossbritannien, dem «kranken Mann Europas» vor den Reformen der 1980er Jahre, oder das sozialdemokratische «Volkshem» in Schweden, das zuerst zehn Plätze in den Rankings zum Pro-Kopf-Einkommen verlieren musste, ehe es Anfang der 1990er Jahre ernste Liberalisierungen unternahm und sich eine neue Ausgabendisziplin auferlegte, sollten als Warnung genügen.

Keinerlei Verbesserung des Sozialstaats

Eines der oberflächlichsten Argumente der Vertreter eines bedingungslosen Grundeinkommens liegt in der Behauptung, dass dieses die Bürokratie des Sozialstaats verkleinern würde, indem es die Unterstützung auf alle ausdehnte und zum Beispiel die Sozialhilfe oder bestimmte Sozialversicherungen (jedoch nicht alle...) ersetzen würde. Angesichts des Umstands, dass mit einem bedingungslosen

⁵ Für eine empirische Diskussion siehe den Fraser-Index wirtschaftlicher Freiheit, der jährlich vom Liberalen Institut mitherausgegeben wird (<http://www.libinst.ch/?i=economic-freedom-index>).

Grundeinkommen alle von allen abhängig würden, wären allerdings eher endlose politische Auseinandersetzungen über seine Höhe und seine Grenzen zu erwarten. Die Sozialhilfe, deren Zugangsregeln und Höhe man als viel zu grosszügig ansehen kann, betrifft nur 3,2 Prozent der Bevölkerung und landesweit um fünf Milliarden Franken jährlich (ein Prozent des BIP). Nur jeder zehnte Empfänger hängt länger als fünf Jahre von ihr ab, und 38 Prozent der Empfänger beziehen sie für weniger als ein Jahr.⁶ Die gesamte Bevölkerung dauerhaft an den Tropf zu hängen erscheint daher zumindest unsinnig. Was die AHV und die IV angeht, so kritikwürdig diese in ihrer Ausprägung auch sein mögen, so beziehen diese sich doch auf besondere Lebensumstände. Die Tatsache, dass die Sozialversicherungen wichtige Mängel aufweisen und Reformen nötig haben (von denen einzelne bereits erste Erfolge zeitigen, beispielsweise die Wiedereingliederung früherer «Invaliden» in den Arbeitsmarkt) ist keinesfalls ein gültiger Grund, um kurzum jede zielgerichtete staatliche Hilfe zu beseitigen und die gesamte Bevölkerung dauerhaft vom Staat abhängig zu machen.

Als weiteres Übel würde ein bedingungsloses Grundeinkommen die freiwillige Solidarität in den Familien, den Vereinen, den gemeinnützigen Stiftungen, den Wohltätigkeits- und Umweltorganisationen spürbar schwächen, so wie der Wohlfahrtsstaat die private Wohltätigkeit verdrängt hat, allerdings ohne deren Effizienz. Was die gesellschaftliche Solidarität angeht, so ist ein bedingungsloses Grundeinkommen das am wenigsten liberale System, das man sich denken kann, denn es schwächt die natürliche, gewählte und gefühlte Solidarität und entkoppelt die Hilfe vom Vorhandensein echter Not. Dadurch zerstört es eines der einer freien Gesellschaft am tiefsten zugrundeliegenden menschlichen Gefühle: das Mitgefühl mit dem Nächsten.

Es sei erinnert, dass zur dauernden und dauerhaften Anhebung des Lebensstandards die Produktion in freien Märkten ein sehr viel effizienteres Mittel ist als die Wohltätigkeit. Dank der Produktivitätsgewinne der freien Marktwirtschaft sind die grundlegenden Lebenshaltungskosten, das heisst die Ausgaben für Nahrung, Kleidung und Behausung, fortwährend gesunken, was den praktischen Nutzen beweist: Vor rund hundert Jahren (1912) gab ein Haushalt noch 42 Prozent seines Budgets für Ernährung aus, während es heute nur 9 Prozent sind. Für Kleidung gab er vor hundert Jahren 11 Prozent aus, während es heute noch 3 Prozent sind. Während die Mietausgaben fürs Wohnen in etwa gleichgeblieben ist (natürlich bei einer heute grösseren und besseren Ausstattung), so haben sich die Ausgaben für die Einrichtung um den Faktor drei verringert.⁷ Mit andern Worten: Die Marktwirtschaft hat den Lebensstandard eines jeden angehoben. Auch die bescheidensten Haushalte verfügen heute über die Möglichkeit, mindestens eine Woche Ferien fern von Zuhause zu verbringen. Sie verfügen über einen Farbfernseher (oft mit grossem Flachbildschirm), ein Mobiltelefon der neuesten Technik und ein Auto, nicht zu reden von

⁶ Quelle: Bundesamt für Statistik, Sozialhilfeempfängerstatistik (2016).

⁷ Quelle: Bundesamt für Statistik, «Haushaltsrechnungen von Unselbständigerwerbenden: Struktur der Einnahmen und Ausgaben 1912–1988» und «Haushaltsrechnungen von Unselbständigerwerbenden: Ausgabenstruktur 1975–2003».

fliessend Wasser und Zentralheizung. Der letzte Unterschied betrifft den Luxus, auf den problemlos verzichtet werden kann.

Nur 0,8 Prozent der Schweizer Bevölkerung oder 0,5 Prozent der Berufstätigen leidet heute an ernster materieller Entbehrung.⁸ Und selbst bei einer weniger strengen Armutsdefinition beläuft sich der Anteil Armer auf 3,6 Prozent der Bevölkerung (2,3 Prozent der Berufstätigen).⁹ Diese Menschen können bestens mit zielgerichteten Massnahmen unterstützt werden.

Die Unaufrichtigkeit der Fürsprecher eines bedingungslosen Grundeinkommens geht so weit, zu behaupten, dass einer der einflussreichsten liberaleren Ökonomen des 20. Jahrhunderts, der Nobelpreisträger Milton Friedman (der zusammen mit Friedrich A. von Hayek und anderen 1947 die Mont Pèlerin Society gegründet hat) ihre Idee in Form einer negativen Einkommenssteuer vertreten hätte. In Wirklichkeit vertrat Milton Friedman eine ganz andere Idee, nämlich die Abschaffung sämtlicher Subventionen und staatlichen Eingriffe wie etwa öffentliche Sozialwohnungen, gesetzliche Mindestlöhne oder die Preisstützung landwirtschaftlicher Produkte und ineffizienter sozialstaatlicher Systeme wie die umlagebasierte Altersvorsorge, deren Leistungen auch an Leute geht, die sie nicht benötigen, um nur den wirklich Bedürftigen deren Einkommen entsprechend zu helfen.

Im Gegensatz zu einem bedingungslosen Grundeinkommen hätte eine negative Einkommenssteuer wenigstens vom Ansatz her ausdrücklich zum Ziel, die Armut zu lindern, ohne den Unterstützten den Anreiz zu nehmen, sich selbst zu helfen. Das fortgeschrittene Modell Friedmans sah vor, dass der Staat eine negative Steuer von 50 Prozent auf das Einkommen, das unter dem Steuerfreibetrag und der Summe aller möglichen Abzügen liegt, auszahlt.¹⁰ Jeder von der unterstützten Person zusätzlich verdiente Franken würde sich also auszahlen: es gibt weder einen Schwelleneffekt noch die automatische Möglichkeit, seinen Konsum ohne Arbeit zu finanzieren. Ein solches System funktioniert allerdings nur, wenn die Hilfe nur ergänzt und nicht ersetzt.

Zu den politischen Risiken, die Milton Friedman erkannt hatte, zählt die Regel des Mehrheitsentscheids. Statt nur einer kleinen glücklosen Minderheit zu helfen, kann das System von einer Mehrheit missbraucht werden, um Mittel für sich umzuverteilen, da es ja sowohl zur Steuererhebung wie zur Gewährung von Unterstützung angewendet wird. Das allgemeine Wahlrecht schliesst ein Vertrauen ins Masshalten der Bürger und deren guten Willen ein. Dies darf uns laut Friedman (und verschiedenen liberalen politischen Philosophen vor ihm) gleichwohl nicht hindern, uns angesichts des Interessenkonflikts, der sich aus der Hilfe ergibt, die Frage zu stellen, ob es richtig ist, unterstützten Personen das Wahlrecht zu verleihen.

Die historisch beobachtete starke Ausdehnung der Steuerlast und der Sozialleistungen, die das Wachstumspotential der fortgeschrittenen Länder verringert hat,

⁸ «Armut in der Schweiz. Ergebnisse 2007 bis 2012», Bundesamt für Statistik, Juli 2014, S. 7.

⁹ Ebd.

¹⁰ Milton Friedman, *Kapitalismus und Freiheit*, Seewald Verlag, Stuttgart-Degerloch 1971, S. 244-250.

folglich die wirtschaftlichen Aussichten der in bescheidenen Verhältnissen lebenden Leute verschlechtert hat und meist einer demagogischen Politik geschuldet ist, bestätigt die gemachten Überlegungen nur.

Aus dem gleichen Grund empfahl Milton Friedman den Übergang von progressiven Steuern zu einer Proportionalsteuer, mit dem Ziel zu verhindern, dass eine Mehrheit einer Minderheit unmässige Steuern auferlegen kann. Ein einheitlicher Steuersatz müsste genügend tief liegen, um den höheren Steuereinnahmen, die er aus dynamischen Gründen hervorbrächte, Rechnung zu tragen. Es wäre nämlich davon auszugehen, dass die Steuerpflichtigen mehr steuerbares Einkommen ausweisen würden, indem sie weniger von den legalen Umgehungsmöglichkeiten Gebrauch machen würden, vor allem aber, da die entmutigende Wirkung auf die private Initiative beträchtlich schwächer würde, was zu einer effizienteren Ressourcennutzung und einem deutlicheren Wirtschaftswachstum führen würde. Milton Friedman war also weit davon entfernt, eine lebenslange Rente für jeden Bürger einführen zu wollen.

Schluss

Mit der Abschaffung der Verantwortung eines jeden für seinen Lebensunterhalt würde ein bedingungsloses Grundeinkommen in einzigartiger Weise die individuelle Freiheit erodieren. Je weniger Stellen es gäbe, desto mehr würde der Rückgang bei den Einkommen den Handlungsspielraum des einzelnen und der Familien verringern. Zudem würde das wirtschaftliche Kalkül der Unternehmen stark verfälscht, was zu starken Ineffizienzen in den Märkten führen würde. Den gesetzlichen Zwang zu benutzen, um durch willkürliche Umverteilung einzelnen etwas wegzunehmen und anderen etwas zu geben und dabei die gesamte Bevölkerung einschliessen bedeutet, mit der individuellen Freiheit in einen offenen Konflikt zu geraten.

In der Logik der zerstörerischen Utopie des Sozialismus würde ein bedingungsloses Grundeinkommen in entscheidender Weise die Achtung vor dem Eigentum und der Wertschöpfung durch Märkte und wechselseitig nutzenbringenden Tausch in Frage stellen. Es ist übrigens auch kein angemessener Ersatz für den Sozialstaat, dessen Probleme gerade in der übertriebenen Umverteilung begründet liegen. Ein bedingungsloses Grundeinkommen bedeutet eigentlich einen Aufstand gegen die Lebenswirklichkeit des Menschen, wonach dieser arbeiten muss, um sich am Leben zu erhalten, und die Anhängigkeit der Finanzierung seines Lebens von der Leistung anderer, was konsequent zu Ende gedacht zu Zwangsarbeit führen würde. Intellektuell gleicht die Forderung eines bedingungslosen Grundeinkommens bestenfalls der Laune eines Kindes, das noch nicht zur Vernunft gekommen ist (und die Ethik der Reziprozität in zwischenmenschlichen Beziehungen noch nicht verinnerlicht hat), schlimmstenfalls einem unehrlichen Versuch, den Sozialismus durch die Hintertür einzuführen.



LIBERALES INSTITUT

Impressum

Liberales Institut
Rennweg 42
8001 Zürich, Schweiz
Tel.: +41 (0)44 364 16 66
Fax: +41 (0)44 364 16 69
libinst@libinst.ch

Alle Publikationen des Liberalen Instituts finden Sie auf
www.libinst.ch.

Disclaimer

Das Liberale Institut vertritt keine Institutspositionen. Alle Veröffentlichungen und Verlautbarungen des Instituts sind Beiträge zu Aufklärung und Diskussion. Sie spiegeln die Meinungen der Autoren wider und entsprechen nicht notwendigerweise den Auffassungen des Stiftungsrates, des Akademischen Beirates oder der Institutsleitung.

Die Publikation darf mit Quellenangabe zitiert werden.
Copyright 2016, Liberales Institut.